

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 14. November 2016

Resolution: Freie Demokraten für eine Demokratie-Agenda 2020

Wir Freien Demokraten sehen mit Sorge, dass die Grundlagen unserer liberalen Demokratie zunehmend unter Druck geraten.

Unser demokratischer Alltag ist gefährdet, wo immer Bürgermeister, Wahlkämpfer und engagierte Bürger mit Attacken oder Einschüchterungen bis hin zu Morddrohungen terrorisiert werden. Die rechts- und linksextremistische, salafistische und antisemitische Gewalt sowie der niederträchtige Terror gegen Flüchtlinge nehmen bedrohlich zu. Sie stellen die Geltung unserer liberal-republikanischen Werteordnung für alle Menschen im Land in Frage.

Die Pressefreiheit als Basis der demokratischen Öffentlichkeit und die offene politische Kultur wird durch Desinformationskriege und Irreführung untergraben. Pauschale Feindseligkeit, Verächtlichmachung und Angriffe gegen Journalisten bedrohen die Dialogfähigkeit unserer Demokratie ebenso wie Populismus, informelle Sprach- und Nachrichtenzensur oder Auswüchse der Geheimdienstarbeit.

Zum ersten Mal in der Geschichte unserer Republik ist eine Partei mit einem völkischen Politikansatz mit zweistelligen Ergebnissen in mehreren Länderparlamenten vertreten. Das Misstrauen in die Institutionen und Vertreter der repräsentativen Demokratie steigt weiter, während die Mitgliederzahlen in den Parteien sowie die durchschnittliche Wahlbeteiligung sinken. Viele Gemeinden machen sich Sorgen um den Nachwuchs in demokratischen Gremien. Die Digitalisierung vereinfacht die Beteiligung an der politischen Meinungsbildung, weckt aber auch neue Erwartungen. Während einerseits aktive Bürger neue Formen politischer Beteiligung durch und jenseits von Parteien immer einfacher nutzen können und wollen, steigen andere aus der demokratischen Teilhabe dauerhaft aus.

Gleichzeitig beobachten wir, dass viele Parteien einen starken Staat versprechen, die demokratische Regierungs- und Reformfähigkeit aber abnimmt. Auch die Demokraten Europas tun sich schwer, effektive Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden und die demokratische Legitimation in Europa zu stärken. Das Vertrauen in demokratische Regierungsfähigkeit sinkt. Diese schleichenden Entwicklungen gefährden die Akzeptanz der liberalen Demokratie und ihrer Institutionen.

Wir Freien Demokraten setzen auf die Lernfähigkeit unserer wehrhaften Demokratie. Die Vielfalt unserer offenen und engagierten Bürgergesellschaft und die bisherige Stärke der parlamentarischen Demokratie sind dabei Anlass für Optimismus. Aber wir wissen, dass der Erhalt der Demokratie als liberale Lebensform und politische Freiheitsordnung entscheidend auf den Freisinn, die Vernunft und die institutionelle Erfahrung von uns Liberalen angewiesen ist.

Mit einer Demokratie-Offensive 2020 wollen wir den Reformbedarf unserer Demokratie und ihrer Grundlagen zwischen Kommune und Europa und zwischen Rechtsstaat, politischer Bildung und liberal-republikanischem Ethos aufzeigen. Die Kommission Freiheit und Ethik wird deshalb beauftragt, in Abstimmung mit betroffenen Bundesfachausschüssen und in Verständigung mit Vertretern der liberalen Parteienfamilie Europas bis zum Bundesparteitag 2018 einen entsprechenden Antrag mit demokratiepolitischer Agenda auszuarbeiten.